

*Prof. Dr. Paul J.J. Welfens,  
Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der  
Bergischen Universität Wuppertal; Lehrstuhl Makroökonomik und Jean Monnet Professor für  
Europäische Wirtschaftsintegration an der Bergischen Universität Wuppertal, Rainer-Gruenter-Str. 21,  
D-42119 Wuppertal; Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po, Paris, Research Fellow, IZA,  
Bonn; Non-Resident Senior Fellow at AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC; eingeladener  
Experte u.a. bei der UN, IWF, Deutscher Bundestag, BNetzA, Europäisches Parlament, EZB, US Senat*

0202 439 1371

[welfens@eiiw.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiiw.uni-wuppertal.de)

[www.eiiw.eu](http://www.eiiw.eu)

<https://welfens.wiwi.uni-wuppertal.de/de/>

Weitere Kontaktperson: Julia Bahlmann [bahlmann@wiwi.uni-wuppertal.de](mailto:bahlmann@wiwi.uni-wuppertal.de)

**Erstellt im Rahmen des Projekts zur Fortbildung für Lehrkräfte**

**Future Learning:  
EU Integration and Digital Modernization in the Age of  
Climate Change Policy**

## **Inflation in Deutschland und der Eurozone**



**Kofinanziert von der  
Europäischen Union**

*Kofinanziert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die der Autor\*innen und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union oder EACEA wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde können für sie verantwortlich gemacht werden.*

## Inflation in Deutschland und der Eurozone

Nach einem Jahrzehnt niedriger Inflationsraten von nahe 2% in der Eurozone ist die Inflation in 2021 deutlich angestiegen und erreichte im Sommer 2022 sogar 8% in Deutschland (auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex) beziehungsweise der Eurozone. Die Inflationsraten – siehe Eurostat-Tabelle (1) – sind im Jahr 2021 und im ersten und zweiten Quartal 2022 in den 19 Ländern der Eurozone relativ unterschiedlich gewesen (Tab. 1), so dass der geldpolitische Kurs der Europäischen Zentralbank (EZB) Richtung Anti-Inflationsstrategie in unterschiedlicher Weise in den Euro-Mitgliedsländern als dringlich empfunden wird. Das wiederum schafft eine gewisse politische Spannung innerhalb der Währungsunion; solche Probleme eines Auseinanderdriftens der nationalen Inflationsraten gab es in den Zeiten sehr niedriger Inflationsraten in der Eurozone kaum.

**Tabelle 1: Inflationsrate in den Ländern der Eurozone in den ersten beiden Quartalen 2020 und 2022 (sortiert in absteigender Reihenfolge für 2022/Q2)**

	2020/Q1	2020/Q2	2022/Q1	2022/Q2
<b>Estland</b>	1,37%	-1,43%	12,47%	20,40%
<b>Litauen</b>	2,03%	0,67%	13,97%	18,53%
<b>Lettland</b>	2,07%	-0,70%	9,27%	16,37%
<b>Slowakei</b>	2,40%	2%	8,53%	11,77%
<b>Niederlande</b>	1,53%	1,27%	8,87%	10,43%
<b>Griechenland</b>	0,53%	-1,17%	6,60%	10,40%
<b>Belgien</b>	1,23%	0%	9,10%	9,90%
<b>Luxemburg</b>	1,83%	-0,93%	6,77%	9,47%
<b>Slowenien</b>	2,23%	-1,17%	6,33%	8,97%
<b>Spanien</b>	0,93%	-0,63%	7,87%	8,93%
<b>Zypern</b>	1,03%	-1,60%	5,67%	8,80%
<b>Irland</b>	0,73%	-0,57%	5,87%	8,40%
<b>Deutschland</b>	1,43%	0,70%	6,07%	8,23%
<b>Portugal</b>	0,67%	-0,17%	4,43%	8,17%
<b>Eurozone (19 Länder)</b>	1%	0,23%	6,13%	8,03%
<b>Österreich</b>	1,50%	1,07%	5,53%	7,83%
<b>Italien</b>	0,23%	-0,20%	6,03%	7,37%
<b>Finnland</b>	0,77%	-0,10%	4,77%	7%
<b>Frankreich</b>	1,13%	0,33%	4,20%	5,90%
<b>Malta</b>	1,20%	1%	4,27%	5,77%

**Anmerkung:** Die Quartalwerte sind berechnet als einfacher Durchschnitt der Monatsdaten des jeweiligen Quartals. Die Inflationsrate ist angegeben im harmonisierten Verbraucherpreisindex, prozentuale Veränderung zum Vorjahr.

**Hinweis:** Gasumlage für private Haushalte und Unternehmen in Deutschland (ab Okt. 2022) erhöht die Inflationsrate um knapp 1 Prozentpunkt.

**Quelle:** Eigene Berechnungen und Darstellung von Eurostat-Daten (Datenreihe: *PRC\_HICP\_MANR*, Stand 8/22).

Damit werden in 2022 in Deutschland Inflationsraten erreicht, die wieder so hoch wie in den 1970er Jahren im Zeichen der Ölpreisschocks in Deutschland zu verzeichnen waren. Auch in 2021/22 spielte der Anstieg der fossilen Energiepreise eine wichtige Rolle, parallel zu einem starken Anstieg auch bei den Lebensmittelpreisen; aber es gibt in 2021/22 auch andere Treiber der Inflationsrate in Deutschland/Eurozone, Großbritannien und den USA. Das ist unter anderem mit Blick auf die sogenannte Kerninflationsrate – die Inflationsrate ohne volatile Energie- und Lebensmittelpreise – ablesbar, wobei auch für 2023 in der Eurozone noch rund 4% Kerninflationsrate erwartet werden. Zum Inflationsdruck haben beigetragen:

- Probleme bei den internationalen Lieferketten – speziell mit Blick auf das bei exportierten Vorprodukten wichtige Land China (mit Lockdowns) – haben für einen Inflationsdruck gesorgt, da Importeure in Deutschland und anderen Industrieländern sich angesichts der verknappten Lieferungen gegenseitig im Preis überboten haben; Lieferprobleme entstanden u.a. durch den Corona-Lockdown der chinesischen Behörden in Shanghai und anderen Hafenstädten bzw. Produktionsstandorten.
- Der Konjunkturaufschwung in 2021/2022 (1. Halbjahr), der durch expansive Geld- und Fiskalpolitik unterstützt wurde; zudem hat nach den Corona-Jahren 2020/21 ein Aufschwung beim Konsum im ersten Halbjahr 2022 eingesetzt. Dieser Aufschwung beim Konsum wurde allerdings durch die stark erhöhte Inflationsrate und die Verunsicherungseffekte im Kontext mit dem Ukraine-Russland-Krieg ab Sommer 2022 sichtbar gebremst.
- Die Inflationsrate könnte noch höher sein, wenn es nicht durch intensiven Wettbewerb im Internet einen Stabilisierungsimpuls bei vielen Preisen gäbe – das gilt nach einer IWF-Untersuchung zumindest kurzfristig. Steigende Marktmacht von Anbietern mit digitalen Verkaufsplattformen könnten mittelfristig den Inflationsdruck aber steigern, da mit erhöhter Marktmacht eine Tendenz bei Firmen einhergeht, die Gewinn-Zuschlagssätze zu erhöhen (Preis= Durchschnittskosten mal (1+ Gewinn-Zuschlagssatz)).
- In einigen Ländern der Eurozone – wie Frankreich, Portugal, Spanien und Deutschland – haben staatliche Preisbegrenzungsmaßnahmen bei Öl, Gas, Strom oder Benzin im ersten Halbjahr 2022 vorübergehend auch die Inflationsratenerhöhung leicht abgebremst; aber hier gibt es angesichts schon bestehender hoher staatlicher Defizitquoten auch deutliche Finanzierungsengpässe, wenn denn Forderungen nach einer langfristigen Quasi-Subventionierung durch den Staat laut werden sollten.
- Wichtig als vorübergehend noch wirksamer Stabilisierungseffekt sind die Inflationserwartungen, die über ein Jahrzehnt lang bei rund 2% lagen; gelingt keine rasche Rückführung der Inflationsraten in der Eurozone könnten sich die Inflationsratenerwartungen aus dem 2%-Bereich lösen und sich deutlich erhöhen, was auch zu gesteigerten Lohnforderungen bei den Tarifverhandlungen und entsprechend verstärktem Inflationsdruck beitragen wird.
- Die deutlich steigende Arbeitskräfteknappheit in Deutschland, Italien und Spanien – bedingt durch einen demographischen Alterungsprozess, der sich ab 2025 beim Arbeitsangebot der Haushalte nochmals verschärfen wird, dürfte mittelfristig erhebliche Lohnsteigerungen in vielen Branchen begünstigen.
- Der starke Anstieg der Öl- und Gaspreise auf den Weltmärkten in 2021 war der Erwartung eines globalen Wirtschaftsaufschwungs geschuldet, wobei am 24. Februar

2022 weitere massive Preiserhöhungen im Kontext des Ukraine-Russland-Krieges eintraten – und verminderter Gaslieferungen durch Russland.

- Der Ukraine-Russland-Krieg hat zu erheblicher Verunsicherung geführt über die im Weltmarkt 2022 verfügbaren Mengen bei Getreide, Mais und Sonnenblumenöl – hier sind die Ukraine und bei Getreide auch Russland wichtige globale Lieferländer; steigende Nahrungsmittelpreise im Zug steigender Preiserwartungen (Käufer haben Güterkäufe zeitlich vorgezogen) haben hier in 2022 zum Inflationsdruck deutlich mit beigetragen.
- Die Inflationsrate in der Eurozone in 2022 war im ersten Halbjahr etwas niedriger als in den USA und Großbritannien; bei einer weiteren Euro-Abwertung gegenüber dem Dollar wird allerdings vermutlich im zweiten Halbjahr 2022 ein verstärkter Inflationsdruck über – in Euro gerechnet – steigende Importpreise entstehen.

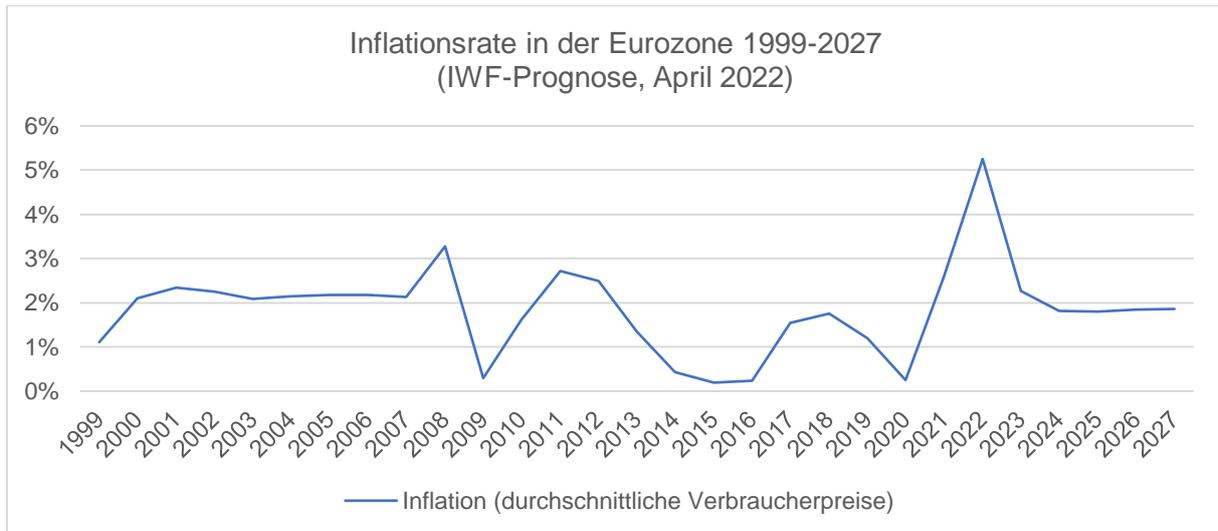
**Abbildung 1: Inflationsrate in Deutschland 1970-2022**



**Anmerkung:** Inflation auf Basis des Nationalen Verbraucherpreisindex (2015 = 100), kalender- und saisonbereinigt.

**Quelle:** Eigene Darstellung und Berechnungen auf Basis von Daten der Deutschen Bundesbank (Schlüssel BBDP1.M.DE.Y.VPI.C.A00000.I15.L).

**Abbildung 2: Inflationsrate in der Eurozone 1999-2027 (IMF, inklusive Prognose für 2022 bis 2027)**



**Anmerkung:** Inflationsrate auf Basis der durchschnittlichen Verbraucherpreise, Stand 2022, Prognose bis 2027. Die Inflationsprognose für 2022 dürfte eine erhebliche Unterschätzung darstellen.

**Quelle:** Eigene Darstellung, Daten des IWF (IMF World Economic Outlook, April 2022).

Die Inflationsrate wird gemessen auf Basis eines repräsentativen Preisindex (P). Die prozentuale Änderungsrate des Preisindex ist die Inflationsrate. Die EZB hat als Inflationsziel definiert eine Inflationsrate nahe 2%, wobei Qualitätssteigerungseffekte bei Gütern im Zeitablauf (und Messunsicherheiten beim Index P; z.B. Lebenshaltungskostenindex) dann bei diesem Wert faktisch Preisniveaustabilität bzw. eine stabile Kaufkraft des Geldes bedeuten.

Die ökonomischen Haupteffekte erhöhter Inflation sind:

- 1) Relative Preisänderungen in verschiedenen Sektoren (i und j) können bei Inflation schlecht von absoluten – inflationären – Preisänderungen unterschieden werden. In einer Marktwirtschaft sind für Produzenten und Konsumenten Relativpreise die entscheidenden Signalgeber. Wenn es zu einer Konfusion von Änderungen von Relativpreisen und allgemeinen inflationären Preisänderungen (z.B. am Ende der Periode bei allen Gütern +8%) kommt, dann wird es in Unternehmen zu Fehlinvestitionen kommen. Mancher Kaufmann und manche Kauffrau hatte womöglich in der ersten Jahreshälfte bei den eigenen Produkten eintretende Preiserhöhungen um 7,5% als Signal für eine Relativpreiserhöhung gesehen, so dass für eine Mehrproduktion im zweiten Halbjahr entschieden wurde – am Ende des Jahres aber stellt man fest, dass es gar keine solche Relativpreiserhöhung gab. Das Preissystem funktioniert also bei einer deutlichen Inflation nicht so gut wie bei Preisniveaustabilität und es kommt ökonomisch gesehen zu Quasi-Produktionsverlusten (nicht absetzbare Warenmengen, die ungeplant auf Lager – zu entsprechenden Kosten – genommen werden müssen). Bei hohen Inflationsraten sind im Übrigen Erwartungsirrtümer bei Wirtschaftssubjekten häufiger und größer als bei niedriger Inflation.
- 2) Der Nominalzins bzw. Marktzins sollte eigentlich die erwartete Inflationsrate korrekt widerspiegeln, so dass der Realzins (Marktzins minus Inflationsrate) unverändert gegenüber Preisniveaustabilität ist. Bei einem unerwarteten Inflationsanstieg wie

2021/22 wird aber der Marktzins weniger stark ansteigen als die Inflationsrate, so dass die Kreditnehmer bzw. Schuldner (z.B. Unternehmenssektor, Staat, „Häuslebauer“) einen unerwartet niedrigen Realzins – also Zins in Gütereinheiten – verzeichnen werden: Es ergibt sich in der Phase der Inflationsbeschleunigung ein Umverteilungseffekt zugunsten der Schuldner. Man kann zeigen, dass bei einer unerwarteten Inflationssenkung (Disinflation) entsprechend ein Vorteil für die Gläubiger – z.B. Geschäftsbanken, die Kredit vergeben haben – entsteht. In Deutschland betrug bei 1% Staatsanleihezins im ersten Halbjahr 2022 und 7% Inflationsrate der Realzins für den Staat -6%. Das ist ein ungewöhnlich niedriger Wert. Dieser Realzins mag für Unternehmen etwas höher sein, aber ein negativer Realzins ist ökonomisch gesehen wie eine Einladung für Kapitalvernichtung bzw. unrentable Investitionsprojekte. Bei Preisniveaustabilität treten solche Probleme nicht auf und der Unternehmens-Realzins wird in der Regel positiv sein.

- 3) Es gibt eine sogenannte Kalte Steuerprogression im Progressiven Einkommenssteuersystem Deutschlands; 2022 dürfte der Einnahmeneffekt für den Staat – ohne das hierzu ein Steuergesetz im Parlament verabschiedet wurde – bei 11 Milliarden € liegen. Die Kalte Steuerprogression entsteht dadurch, dass das Steuersystem nicht die Steuersätze automatisch an die Inflation anpasst. Zum Beispiel gilt im Fall einer Inflationsrate von 10% bei einem Steuersatz von 25% auf ein Einkommen von 4000 € und einem reinen Inflationsausgleich von 10% beim Nominaleinkommen (in €), dass tarifbedingt das Einkommen auf 4400 € ansteigt. Wenn aber bei einem solchen Einkommen – in Gütereinheiten ja unverändert – nun im Zuge der Steuerprogression ein Steuersatz von 30% fällig wäre, so beträgt die monatliche Steuerschuld nicht mehr € 1000, sondern 1320 € (in Gütereinheiten ist das 10% weniger wegen der angenommenen Inflationsrate: 1188 € in konstanten Preisen, so dass der betreffende Steuerzahler/die betreffende Steuerzahlerin real 188 € mehr an den Staat abzugeben hat; das wäre eine Erhöhung der realen Steuerlast um 18,8%. In der Realität ist der Sprung von einer Tarifstufe im Progressiven Einkommenssteuersystem nicht so stark wie im (einfach zu rechnenden Beispielfall), aber das Grundproblem sollte klar sein: Erhebliche Inflation sorgte ohne Steuersenkungsmaßnahmen des Staates dafür, dass vor allem mittlere und hohe Einkommensbezieher:innen überproportional von einer demokratisch nicht beschlossenen verdeckten Zusatzsteuer belastet werden. In Deutschland ist alle zwei Jahre von Gesetz her hier eine Überprüfung der Steuersätze gefordert, was aber das Parlament entscheidet, ist ihm überlassen.
- 4) Können Gewerkschaften bzw. Arbeitnehmer:innen keinen kurzfristigen Inflationsausgleich bei den Lohnverhandlungen durchsetzen, dann sinkt der Reallohnsatz, also die Relation Preisniveau zu Stundenlohnsatz. Es gilt, angewendet auf das Beispiel einer Brotökonomie: Wenn der Brotpreis um 10% steigt, während der Stundenlohn der Beschäftigten unverändert bleibt, so entspricht das der Situation mit einem konstanten Brotpreis und einem um 10% gesunkenen Stundenlohnsatz – aus der Sicht von Bäckern und Bäckerinnen lohnt es sich verstärkt, Arbeitnehmer:innen einzustellen. Es kommt also zu zeitweisen positiven Beschäftigungsgewinnen, die jedoch langfristig verschwinden werden, weil langfristig den Gewerkschaften ein voller Inflationsausgleich erfahrungsgemäß doch gelingt (diese Argumentation ist Teil der sogenannten Phillips-Kurven-Diskussion, die hier nicht thematisiert wird).
- 5) Die Inflation kann zu einer Lohn-Preis-Lohn-Spirale führen: Die Gewerkschaften fordern mindestens einen Inflationsausgleich in den Lohnverhandlungen und setzen dies auch durch, woraufhin die Unternehmen wegen der erhöhten Lohnkosten noch

höhere Preissteigerungssätze als vorher am Markt verlangen – und die Gewerkschaften könnten weitere Lohnerhöhungen verlangen (etc.). Damit könnte es zu einer problematischen Inflationsbeschleunigung kommen. Hohe Inflation ist mit mehr Ungleichheit verbunden; die realen Zinssätze sind real auf den Sparkonten und Girokonten sehr niedrig, aber die Preissteigerungen bei Immobilien sind oft sogar höher als die Inflationsrate. Denn viele wohlhabende Menschen werden aus Angst vor inflationsbedingten Vermögensverlusten verstärkt in Immobilien (und Aktien sowie ausländische stabile Währungen) investieren, so dass Immobilienbesitzer zu den Gewinnern der Inflation gehören. Der Mehrheit der Normal- und Geringverdiener entsteht hingegen ein realer Vermögensverlust. Hier kann bei der Mittelschicht – wie bei den sehr hohen Inflationsraten in Deutschland unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg oder gar der Hyperinflation in 2023 – eine Entfremdung vom politischen System entstehen bzw. eine Radikalisierung im linken oder rechten Parteienspektrum, was die Demokratie destabilisiert.

- 6) Es bleibt Aufgabe der EZB, durch Erhöhungen des Notenbankzinssatzes für einen Anstieg der kurz- und mittelfristigen Nominal- und Realzinssätze (später auch der langfristigen Zinssätze zu sorgen), wobei möglicherweise auch eine inflationsdämpfende Rezession entstehen kann. Je höher die Glaubwürdigkeit der Zentralbank in der Eurozone (EZB), desto stärker können schon notenbankseitige Ankündigungen zum Sinken der Inflationsrate beitragen. Die EZB hat sich in den zwei Jahrzehnten nach ihrem Start im Jahr 1999 eine hohe Glaubwürdigkeit unter Finanzinvestoren und bei privaten Haushalten erworben; ähnlich hoch wie es früher bei der Deutschen Bundesbank zu DM-Zeiten gemessen wurde.
- 7) Unter Ökonomen gilt ein wichtiges Argument pro politische Unabhängigkeit von Zentralbanken (im Euroraum realisiert bei der EZB und den nationalen Zentralbanken): nur von einer politisch relativ unabhängigen Zentralbank sind niedrige Inflationsraten zu erwarten, wie die historischen Erfahrungen unter anderem in EU-Ländern vor 1999, dem Startjahr der EZB, in zahlreichen Fällen zeigen; die Deutsche Bundesbank hatte sich im Übrigen im Verlauf vieler Jahre eine politische Unabhängigkeitsposition schon vor 1999 erworben.
- 8) Es gibt einige Ökonomen, die argumentieren, dass bei einer Inflationsrate in mittlerer Höhe (5% bis 10%) der Strukturwandel der Wirtschaft leichter vonstatten gehe, da die geringe Variabilität von Preisen nach unten dann weniger ein Problem für den sektoralen Strukturwandel darstellt. Im Übrigen sind nach den obigen Ausführungen doch unterschiedliche Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen an Preisniveaustabilität festzustellen.

In den Monatsberichten Juni 2022 und Juli 2022 der Deutschen Bundesbank kann man im Eingangskapitel aktuelle Überlegungen zur Inflationsentwicklung finden.

## Weitere Informationen zum Thema

In Beiträgen der **Bundeszentrale für politische Bildung** wird einerseits der Begriff der Inflation erklärt und andererseits in einem Artikel auf die Inflationssituation 2022 (Stand Ende April) eingegangen.

Lexikon der Wirtschaft: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19723/inflation/>

Inflation und Inflationsangst: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/geldpolitik-2022/507733/inflation-und-inflationsangst/>

Die **Deutsche Bundesbank** erklärt Erzeuger- und Verbraucherpreise, die als Grundlage für Inflationsberechnungen dienen, sowie verlinkt auf Zeitreihen.

<https://www.bundesbank.de/de/statistiken/konjunktur-und-preise/erzeuger-und-verbraucherpreise/erzeuger-und-verbraucherpreise-775284>

Die **Europäische Zentralbank (European Central Bank)** fasst kurz die Rolle des harmonisierten Verbraucherpreisindex als Basis für Inflationsberechnungen zusammen und stellt im *Inflation Dashboard* eine detaillierte Aufschlüsselung verschiedener Inflationsaspekte dar.

[https://www.ecb.europa.eu/stats/macroeconomic\\_and\\_sectoral/hicp/html/index.en.html](https://www.ecb.europa.eu/stats/macroeconomic_and_sectoral/hicp/html/index.en.html)

Der Jahresbericht 2022 der **Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Bank for International Settlements)** geht in Kapitel II („Inflation: A look under the hood“) tiefer auf Inflation ein.

<https://www.bis.org/publ/arpdf/ar2022e.pdf>

Die **Schweizerische Nationalbank** stellt ihre geldpolitische Strategie vor.

[https://www.snb.ch/de/i/about/monpol/id/monpol\\_strat#](https://www.snb.ch/de/i/about/monpol/id/monpol_strat#)